

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 35 (1945)
Heft: 52

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

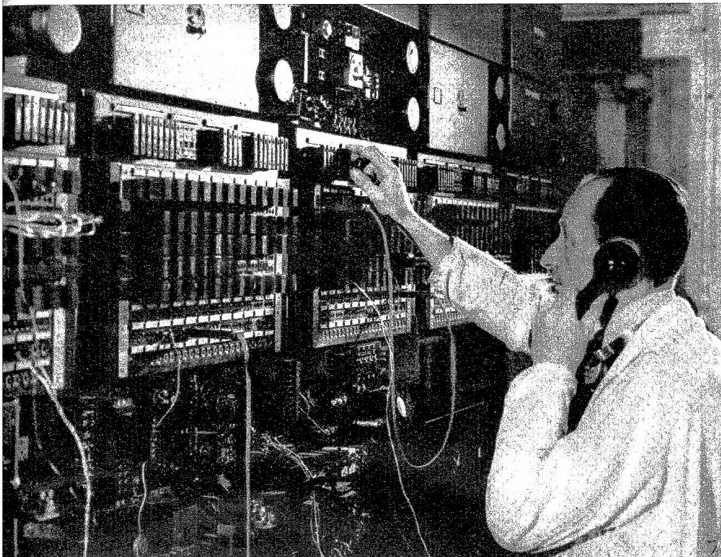
Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE **R**UNDSCHAU

Um 800 Millionen oder um was?

-an- Die Abstimmung über das Militärbudget 1946 im Nationalrat wird wohl auf längere Zeit hinaus zu reden geben und namentlich ausgeschlachtet werden, wenn wie Stimmen gegen 49, die von den Sozialdemokraten und der eidgenössische Wahlen vor der Türe stehen. Mit 106 Unabhängigen stammten, wurde gutgeheissen, was der Bundesrat für richtig fand: Dass im kommenden Jahre nicht gespart werden, dass im Gegenteil über 800 Mil-



lionen ausgegeben werden müssten, um unsere Wehrfähigkeit der Zeit entsprechend zu erhalten und zu erhöhen. Wir sagten, die Wahlen würden unter dem Zeichen dieser Zahlen und des Abstimmungsergebnisses stehen. Das will sagen: Die Parteien werden dem Volke das eine oder andere sagen, die Annehmenden also, es gelte, die wiederum in den Antimilitarismus zurückgefallenen Sozialdemokraten und die immer sprunghaften und unzuverlässigen Unabhängigen einmal gründlich zu bodigen. Die Sozialdemokraten aber werden die andern anprangern, weil sie durchaus an den nächsten Krieg und die Unabwendbarkeit eines noch schlimmern Mordens glauben, und werden den Abbau eines so hohen Wehrbudgets — zehnmal höher als vor dem ersten Weltkrieg — durch ein erneuertes, mehr links gerichtetes Parlament versprechen.

Was den politisch einigermassen Bewanderten nicht verwunderte, war die Einhelligkeit auf bürgerlicher Seite, die Situation in der Welt so zu würdigen, wie die Lage es zu gebieten scheint. Gar nichts ist sicher. Oder: Sicher ist nur, dass nichts sicher ist. Vom neuen Völkerbund dürfen wir keine Taten erwarten, bis sie geschehen. Von der Einigkeit der Grossmächte zu reden, hat erst einen Sinn, wenn wir Zeugen des ersten wirklichen Einvernehmens sind und erfahren haben, dass nicht alles nur Gerede war, was von den verschiedenen grossen und grössten Staatsmännern unserer Epoche über die gemeinsamen Anstrengungen, den Krieg aus der Welt zu schaffen, gesprochen wurde. Wir sind vom letzten Weltkriege her gebrannt, wir haben erfahren, wo der gewaltige Chor, der «Nie wieder Krieg» durch die Länder schrie, endete. Darum: Wehrhaft bleiben, mit der äussersten Entschlossenheit alles tun, um die modernste Rüstung anzuschaffen, die wir brauchen, um das Menschenmögliche für den Fall einer notwendig gewordenen Verteidigung tun zu können. Dass dazu auch

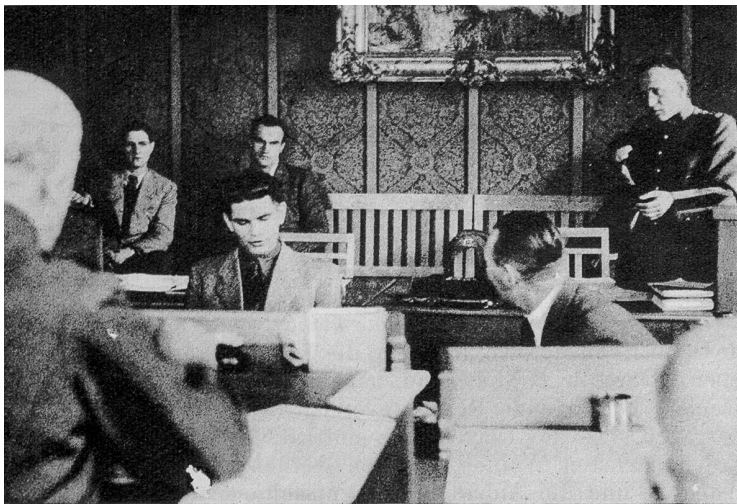
Abwehrmittel gegen die neuen Bomben gehören werden, und dass wir sie besitzen müssen, sobald es sie gibt, versteht sich.

«Ein neuer Krieg droht ja gar nicht», sagte einer von der Opposition. Möglich, dass ihm die Ereignisse bald recht geben. Dass in Moskau und nachher in London überraschend beruhigende Resultate erzielt werden. Möglich aber auch, dass das Umgekehrte eintritt. Jedenfalls wird in den nächsten Wahlen erwiesen werden, ob die Pessimisten — und die Anhänger der entschlossensten Verteidigung für jeden denkbaren Fall — im Volke den gleichen Prozentsatz ausmachen wie im Nationalrat. Es geht gleichsam um eine Wette, deren Ausgang zum grossen Teil von den Weltereignissen abhängt.

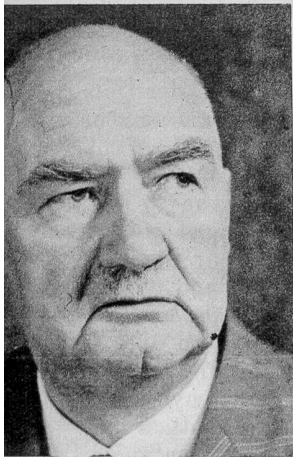
Zum Jahresbeginn

Das Ergebnis einer Bilanz, die wir zum Schlusse des Jahres 1945 ziehen, mag dahin lauten, dass wir in der Schwebe stehen. Der Pessimist, der die Welt auseinanderfallen, die Grossmächte sich abermals gruppieren und verfeinden sieht, hat noch nicht Recht bekommen, der Optimist, der den Verheissungen und Beteuerungen zu glauben wagt und damit rechnet, es werde eine einige Welt entstehen, wird aber nicht bestreiten können, dass er von schweren Zweifeln heimgesucht werde. Es kann so oder so herauskommen. An der einen Tatsache aber werden weder Pessimist noch Optimist vorbeikommen: Die Lenkung der Welt ist an die USA und an Russland übergegangen. «USA» mag dabei als «die angelsächsische Welt» gelesen werden. Innerhalb dieses «Empire» wird aber in Zukunft das britische Mutterland nicht mehr wie vor dem zweiten Weltkrieg die erste Geige spielen. New York hat sich neben London gestellt und wird sich vermutlich darüber stellen. Zwar gehören die USA dem grossen angelsächsischen Völkerbunde nicht an, aber sie wachsen infolge gewaltiger wirtschaftlicher Strukturveränderungen hinein, und es sollte keinen wundern, wenn diese einstige britische Kolonie auf dem Umwege über die Weltwirtschaft wieder «heimkehrt», wenn nicht in diesem Jahrzehnt, dann in einem spätern.

Den Europäern ist ihr «Fall» immer so dargestellt worden, als habe dieser Krieg das Ende «unserer Kolonialherrschaft» eingeleitet. Europa habe zugunsten von Amerika und Asien — das heisst China und Russland — abgedankt. Das ist ein wenig schief gesehen. Die grosse Kolonialmacht hiess seit einem Jahrhundert Grossbritannien. Sie kehrt mit unverändertem Besitzstand in die Geschichte zurück. Die zweitgrösste hiess Frankreich. Bis auf die Befriedung Indochinas haben auch die Franzosen alles wieder, was ihnen genommen war oder zeitweise gefährdet schien. Als sozusagen einzigen Verlust buchen sie Libanon und Syrien. Die dritte Macht, die Niederlande, stehen im Begriff, ihre Herrschaft in Indonesien politisch und sozial auf neue und wahrscheinlich solidere Grundlagen zu stellen. Noch raucht der Vulkan Java, aber die indisch-britischen und niederländischen Truppen scheinen der Aufstandsherde Meister zu werden. In den übrigen Teilen des Inselreiches wird es weniger bittere Probleme zu lösen geben. Denn keine der grossen und kleinen Inseln hat sich politisch und wirtschaftlich so weit entwickelt wie Java. In einem weitem halben Jahre wird man wohl wissen, auf welche würdigere Weise das Band zwischen Amsterdam und seinen Herrschaftsgebieten neu geknüpft worden.



Strafprozess vor Divisionsgericht 3a gegen einen jungen russischen Internierten-Offizier wegen Tötung der Wirtstochter von Rudwilbad im Herbst 1945. Bekanntlich hat der russische Internierten-Offizier, Leutnant Jakob Gluschkow, geb. 1915 in Kalatsch, Student, am 30. Sept. 1945 in Rudwilbad bei Ersigen (Kanton Bern) die 20jährige Wirtstochter Käthi Christen aus Eifersucht mit einem Nahschuss aus einem Revolver getötet. Heute steht der Internierte unter der Anklage der vorsätzlichen Tötung vor dem Divisionsgericht 3a in Bern, das vor allem zu urteilen hat, ob es sich um Mord oder um einen durch provozierte Eifersucht im Affekt begangenen Totschlag handelt. Unser Bild: Während den Verhandlungen im Strafprozess vor Div.-Gericht 3a in Bern (von links nach rechts): Der Grossrichter Obstlt. Bähler (von hinten); der Angeklagte Lt. Jakob Gluschkow, russischer Student und Offizier (Mitte); der Dolmetscher, ein Russlandschweizer, und rechts stehend der Verteidiger des Angeklagten, Fürsprecher H. Grogg, Hptm.

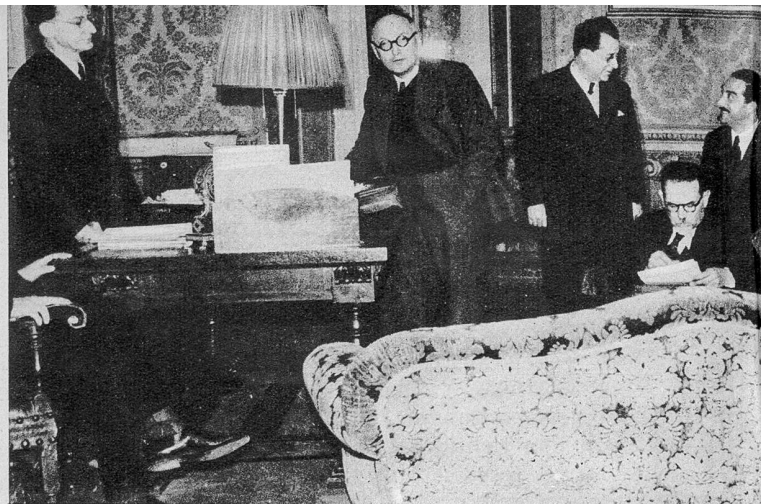


Rechts:

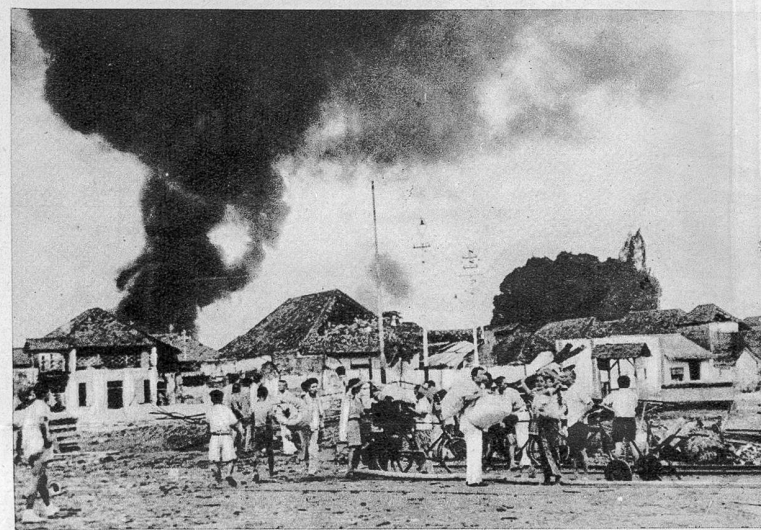
Mit drei Zerstörern der sechsten Flottille haben die Briten auf Java zugeschlagen, um den Kampfhandlungen in und um Soerabaya ein Ende zu setzen. Dabei mussten zuerst die Internierten und Flüchtlinge in Sicherheit gebracht werden. Unser Bild zeigt chinesische Flüchtlinge, die bei Soerabaya die britischen Linien erreichten. (ATP)

Links:

Wenige Tage, nachdem die Vereinigte Bundesversammlung für Bundesrichter Dr. Paul Kasser den Nachfolger wählte, ist der seit längerer Zeit erkrankte Demissionär im Alter von 69 Jahren gestorben. Im Jahre 1934 wurde er als Bernischer Oberichter in die höchste Gerichtsbarkeit der Eidgenossenschaft berufen.



De Gasperi's Kampf gegen das Chaos. Die Kriminalitätskurve in Italien ist beständig im Steigen begriffen. Mit Maschinenpistolen bewaffnete, wohlorganisierte Banden terrorisieren Städte und Dörfer. Anlässlich der ersten Kabinettsitzung der Regierung De Gasperi erklärte der Ministerpräsident, dass sein erstes Ziel die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung sei. Unser Bild: Die Regierungsmitglieder des Kabinetts De Gasperi in ungezwungener Unterhaltung nach einer Sitzung im Arbeitszimmer des Ministerpräsidenten. Am Tisch stehend links Ministerpräsident De Gasperi, rechts Pietro Nenni, Vize-Ministerpräsident und Führer der Sozialisten. (Photopress)



Es bleiben die kleinen Kolonialmächte *Belgien, Portugal* und *Spanien*, die nichts verloren haben — sowie *Italien*, das seine Verluste in den Händen anderer europäischer Mächte sieht. Dass also «Europa abgedankt» habe, gehört ins Gebiet der Märchen. Das seebeherrschende England, als Inhaber der wichtigsten Kolonien, hat sich lediglich enger an die ihrem Ursprung nach durch und durch europäische Grossmacht der USA angeschlossen.

Die neuen Mächte

aber, die im steilen Anstieg begriffen sind, Russland und China, verändern das Bild insofern, als sie *neben* Europa grösser als bisher dastehen und nicht mehr als untergeordnete oder ausgeschlossene Gebiete funktionieren werden. Man könnte einen Vergleich ziehen: Neben den bisherigen Teilhabern eines grossen Geschäfts sehen wir neue. Die alten haben zwar ihre Anteile behalten, aber die neuen bringen ihre eigenen mit, und die Folge wird sein, dass die künftigen Geschäftsergebnisse nach neuen Schlüsseln verteilt werden. Wenn die neuen Partner auch eine Erweiterung des «Geschäftsumfanges» garantieren, dann sind die alten nicht schlecht dran.

Immerhin arbeiten, um bei diesem Vergleiche zu bleiben, alte und neue Partner mit verschiedenen grossen Mitteln. Die USA haben infolge der *Anleihebedingungen*, auf die *Grossbritannien* eingehen musste, um die Milliarde zu bekommen, Amerika das ganze «Empire» öffnen müssen, so dass nun amerikanische Waren in allen Weltteilen neben den britischen gleichen Eingang haben, die Rohstoffe

dieser Gebiete umgekehrt Amerika ebenso wie Grossbritannien zur Verfügung stehen. Wer nicht nur den «Konkurrenten» sieht, wird verstehen, dass daraus eine beschleunigte Belebung der Wirtschaft all dieser Gebiete resultieren muss, von welcher in erster Linie auch England profitieren wird. Mit der Befürchtung, die Amerikaner würden die Engländer ganz einfach aus dem indischen, südafrikanischen, australischen und jedem andern Geschäft verdrängen, ist es so lange nichts, als hier überall Handelsgewinne gemacht werden, die auch den Handel mit dem Mutterlande beleben müssen.

Die Amerika-Anleihe an China ist ebenfalls im Werden, und sofern die Voraussage stimmt, soll es hier zum mindesten um *zwei* Milliarden gehen. Das bedeutet zunächst, dass China sich ebenfalls verpflichtet, amerikanische Waren aufzunehmen und diese Kredite zur Bezahlung zu brauchen. Aber mit jeder Maschine, die aus USA eingeführt wird — und daran denken die Chinesen — wächst wiederum die chinesische Industrie. Der Güteraustausch mit USA wird zunehmen, und abermals bieten sich auch andern Staaten Möglichkeiten, sich ins «chinesische Geschäft» einzuschieben.

Von der Russenanleihe ist in letzter Zeit wiederum die Rede gewesen und wird sehr wahrscheinlich auch an der *Ministerkonferenz in Moskau* gesprochen. Die Verhandlungen darüber kreuzen sich mit politischen Problemen. Russland kann die Wiederaufbaukredite, welche die Vorbedingung für die *Einschaltung Russlands in den Welt-*

handel bilden, unter bestimmten und vielleicht günstigeren Bedingungen als England und China bekommen, wenn es sich zu Konzessionen auf politischem Gebiete herbeilässt. Eben hier stellen wir den «Schwebezustand» am deutlichsten fest.

Wird sich Russland wieder isolieren?

Das ist schliesslich die Drohung, die sich aus allen gescheiterten Verhandlungen ergeben müsste. Und diese Drohung ist ernst. Sie bedeutet ein Russland, das industriell verzweifelt rüsten würde, um die übrige Welt einzuholen, das aber auch militärisch den Rückstand auszugleichen suchen müsste, in den es dank der amerikanischen Bombenerfindung geraten. Man weiss, dass die russische Regierung die grössten Anstrengungen macht, ihre Forscher mit jedem gewünschten Kredit ausrüstet, damit sie nicht nur die Probleme der Atomenergie auf eigene Faust den amerikanischen Lösungen angleichen, sondern auch auf andern Gebieten an die Spitze der Erfindungen kommen sollen. Vor allem wird die *Höhenstrahlungsforschung* forciert. Die sogenannten «kosmischen Strahlen» haben, wenn sie eingefangen und sinnvoll auf gewisse Stoffe konzentriert werden, atomzertrümmernde Wirkungen. Eine geeignete Apparatur, weniger kompliziert und vor allem weniger umfänglich als die amerikanischen Mammutbauten, würde also dazu dienen müssen, die Atomenergie zu erzeugen. Der Arbeitsgang, der drüben bis zur Fertigstellung einer Bombe oder auch einer industriell nutzbaren Kraftquelle notwendig sein soll — man weiss ja wenig darüber — soll in Russland reduziert werden auf Bruchteile seines Umfangs.

Es ist möglich, dass man in Moskau hofft, innert gewisser Fristen eine eigene «epochemachende Erfindung» in die Waagschale der Verhandlungen werfen zu können, und dass man deshalb so hartnäckig zögert und sich weigert, endgültige Zugeständnisse zu machen. Das ist begreiflich. Denn eine Milliardenanleihe muss bezahlt werden. Russland müsste sie wahrscheinlich mit Konzessionserteilungen an amerikanische Unternehmer erkaufen, von der Aufgabe politischer Positionen zu schweigen. Es müsste wahrscheinlich auch dem amerikanischen Kaufmann freies Feld lassen und vielleicht sogar Aenderungen in der gesamten bisherigen Aussenhandelspraxis — auf Kosten der gestrafften staatlichen Kontrolle, vornehmen. Können die Russen erklären, dass sie mit Hilfe eigener Erfindungen die Industrie der verwüsteten Gebiete selber erneuern und modernisieren würden, lauten sicherlich die Bedingungen der Amerikaner anders.

Vorderhand haben die Russen die erste Etappe ihres Planes in Aserbeidschan erstritten, ohne sich um die britisch-amerikanischen Einreden stören zu lassen. Täbris wurde von den aufständischen Demokraten, den Tudeh-Leuten, eingenommen. Der iranische Gouverneur verreiste samt der schwachen Besatzung nach Teheran. Eine neue Verfassung wurde proklamiert, die Rechte des Schahs und Irans sind darin vorbehalten, aber ein ganzes soziales und wirtschaftliches Programm deutet die Angleichung des neuen autonomen Gebildes an die gleichnamige Sowjetrepublik an. USA haben erklärt, dass sie Regierung und Republik in Täbris nicht als aus einer «spontanen Bewegung» hervorgegangen betrachten. In Moskau lief der Protest Irans, der von Teheran nach USA gekabelt worden, ein, und Besprechungen zwischen Byrnes und Molotow fanden statt.

Die Folgen des russischen Vorgehens werden kaum ins Gewicht fallen, wenn Moskau weiter so geschickt manövriert, wie bisher, Iran und Aserbeidschan sind schliesslich Objekte eines grossen Verhandlungsgeschäftes, das nicht nur eine, sondern vielleicht eine Reihe von Konferenzen verlangt, bis es abgeschlos-

sen werden kann. Das haben übrigens Bevin und Byrnes beide einkalkuliert, als sie zum voraus verkündigten, die neue Konferenz brauche nicht notwendigerweise Resultate zu zeitigen, die nachher in einem schönen Communiqué bekanntgegeben würden. Nach dem Abbruch der Londoner Fünferkonferenz sind die Herren sehr behutsam geworden und tragen der Wirklichkeit, das heisst der Vielschichtigkeit und Weitläufigkeit der Probleme volle Rechnung.

Man kann übrigens feststellen, dass diesmal weit weniger Aufregung um die Ministerbesprechungen entstanden ist als seinerzeit in London. Der Grund ist sehr einfach: Die Russen hatten für die ausländischen Korrespondenten eine scharfe Nachrichtenzensur eingeführt und unterbanden ganz einfach jedes Telegramm, das ihnen nicht genehm war. Man kann annehmen, dass sie es waren, welche die Amerikaner und Engländer veranlassten, nach Moskau zu kommen, und dass sie es in der wohlbedachten Absicht getan, «ohne den Presselärm», über welchen sie sich in London beklagten, konferieren zu können. Vielleicht haben Bevin und Byrnes nicht einmal ungern angenommen. Um den kürzesten Tag herum wartete die Welt gespannt auf die erste Mitteilung aus Moskau, welche mehr als «nichts» sagen und verraten würde, in welcher Richtung sich der Schwebezustand vielleicht verändere.

Wir erinnern uns

1941:

22. Dezember. Hitler verabschiedet von Brauchitsch als Oberkommandierenden der deutschen Wehrmacht und übernimmt selbst das Kommando. Wir erblickten darin das Eingeständnis, dass die Offensive gegen Russland gescheitert sei.

24. Dezember. Die Japaner erobern die Insel Wake. Am selben Tage kapituliert das britische Hongkong.

28. Dezember. Manila auf Luzon wird von Norden und Süden her umfasst. Zugleich landen die Japaner auf dem kaum verteidigten Sumatra.

1942:

23. Dezember. Admiral Darlan, der zweideutige Vichy-Mann und Statthalter Pétains, wird in Algier ermordet.

25. Dezember. Die russische Offensive über den mittleren Don stösst über Millerovo an den Rand des Donezbeckens vor. Im Kaukasus bröckelt mit dem Fall von Alagir bei Naltschik die deutsche Stellung erstmals ab. Der Abzug der Truppen für den Durchbruch gegen Kotelnikowo-Stalingrad rächt sich.

27. Dezember. Rommels Rückzug dauert an. Montgomery treibt ihn bis Tripolis zurück. In Algier tritt Giraud, der aus der deutschen Gefangenschaft entwichene Haudegen, das verwaiste Amt Darlans an.

1943:

28. Dezember. Die Russen stehen, nachdem von Mansteins Panzerdurchbrüche unter den eingesetzten Stormowicks gescheitert, zum zweiten Male bei Schitomir.

1944:

25. Dezember. Während der Stoss von Rundstedts in einer Tiefe von 50 km nahe der Maas zum Stehen kommt, beginnt im Osten die Belagerung von Budapest von allen Seiten. In Athen, wo die «Elas»-Truppen kapitulieren, treffen Churchill und Eden als Vermittler ein. In Debreczen konstituiert sich die neue Regierung Ungarns unter Miklos.

27. Dezember. Montgomery beginnt die Angriffe gegen die Nordflanke des Ardennenkeils, während Patton's Armeen, unter Preisgabe von Gelände an der Saar und im Unter-Elsass, die Südflanke von Rundstedts angreift. Der «Stoss nach Antwerpen» ist gescheitert. In Hitlers Hauptquartier sieht man die letzten Hoffnungen scheitern.